



Kassel, 21. April 2023 | Ausgabe Nr. 127

## INFORMATIONEN AUS DER HAUPTSTADT UND DEM WAHLKREIS KASSEL

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Leserinnen und Leser,

wir alle bekommen zuhause natürlich mit, wo den Menschen der Schuh drückt, denn zu unserer Arbeit in den Wahlkreisen gehört der Austausch vor Ort – selbstverständlich auch mit den Vertreter\*innen aus den Kommunen. Schließlich gestalten wir hier in Berlin an vielen Stellen das, was vor Ort umgesetzt wird. Deshalb wissen wir auch, wo die großen Herausforderungen liegen, sei es bei den Themen Wohnen, lebendige Innenstädte, Energieversorgung, Mobilität, Bewältigung des Klimawandels, Integration.

### Kommunen unterstützen

Wir wissen um die großen Aufgaben und Leistungen der Kommunen, gerade aktuell bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten. Wir brauchen starke und handlungsfähige Kommunen – und deshalb unterstützen wir als Bund die Städte und Gemeinden finanziell mit großen Summen. Aber in unserem föderalen System ist nicht immer mehr Geld vom Bund die Lö-

sung, manchmal sind es auch Wege und Prozesse, die es zu verbessern gilt. Wir wissen: Man kann Dinge auch immer noch besser machen.

Um darüber zu diskutieren, haben wir in dieser Woche Vertreter von zwei kommunalen Spitzenverbänden in unserer Fraktionssitzung zu Gast, vom Deutschen Städtetag und vom Deutschen Städte- und Gemeindebund. Dabei geht es nicht darum, öffentlichkeitswirksame, laute und undifferenzierte Äußerungen zu tätigen. Wir sind an einem gezielten Austausch interessiert, um gemeinsam gute Lösungen zu finden.

### Ende der Atomkraft

Am vergangenen Wochenende wurden die letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland vom Netz genommen – ein historischer Tag! Damit vollziehen wir den Ausstieg aus der Atomkraft, der unter Rot-Grün eingeleitet wurde. Es ist ein richtiger Schritt, denn Atomkraft ist teuer, unsicher und nicht

nachhaltig. Und wir brauchen diese Hochrisikotechnologie auch nicht, um die Energieversorgung hierzulande sicherzustellen. Im Gegenteil: Während uns CDU/CSU mit ihrer Forderung nach einem Gas-Embargo als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine in eine energiepolitische Katastrophe geführt hätten, hat es die Ampel unter Führung der SPD in kurzer Zeit geschafft, die Energiequellen zu diversifizieren und neue Energiepartnerschaften zu schließen. Nun geht es vor allem darum, die erneuerbaren Energien maximal auszubauen, die bislang massiv vernachlässigt wurden. Bereits im vergangenen Jahr haben wir deshalb wichtige Hebel in Bewegung gesetzt, um Planung, Genehmigung und Bau von erneuerbaren Energien unter Wahrung hoher ökologischer Schutzstandards zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Euer



Digitalisierung der Energiewende

## Ausbau von Smart Metern beschleunigen

Verbraucher\*innen und Unternehmen können ihren Stromverbrauch üblicherweise über ihren Stromzähler ablesen. Mittlerweile ist dies auch digital möglich – durch ein sogenanntes intelligentes Messsystem („Smart Meter“).



**Meine Rede im Bundestag**

[... zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende](#)

Über digitale Stromzähler („moderne Messeinrichtung“) können Verbraucher\*innen und Unternehmen künftig nicht nur ihren aktuellen Zählerstand, sondern auch ihren tatsächlichen Stromverbrauch und ihre tatsächliche Nutzungszeit einsehen, um ihr Verbrauchsverhalten und ihre Stromrechnung leichter nachzuvollziehen. Auf diese Daten können wiederum Netzbetreiber und Energielieferanten über eine Kommunikationsplattform („Smart-Meter-Gateway“) zugreifen, um die Erzeugung und den Verbrauch aufeinander abzustimmen und das Stromnetz besser auszulasten. Smart Meter erlauben es den Verbraucher\*innen und Unternehmen auch, sog. dynamische Stromtarife in Anspruch zu nehmen, die bei geringer Stromnachfrage (z.B. nachts) besonders niedrig sind.

Bisher kommt der Ausbau von Smart Metern („Smart-Meter-Rollout“) in Deutschland jedoch nur schleppend voran. Um dies zu ändern und die Verbreitung der Smart Meter zu beschleunigen, beschloss der Bundestag in dieser Woche einen Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende. Der Entwurf sieht ei-

nen gesetzlichen Fahrplan für die Einführung („Rollout“) mit verbindlichen Zielen bis 2030 vor, um möglichst viele Haushalte mit einem intelligenten Messsystem auszustatten. Die bisher erforderlichen, oftmals den Rollout aufhaltenden Freigabeerklärungen durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) werden künftig entfallen. Auch das Eichrecht soll zeitnah geändert werden, um bestehende Hürden für einen schnellen Rollout abzubauen. Überdies wird ein sogenannter „agiler Rollout“ ermöglicht, damit Smart Meter direkt nach dem Einbau gestartet werden können.

Die Kosten werden gerecht aufgeteilt. Mussten private Verbraucher\*innen bisher oft bis zu 100 Euro jährlich pro Smart Meter zahlen, werden die Kosten für Verbraucher\*innen und Kleinanlagenbetreiber\*innen nun auf 20 Euro pro Jahr gedeckelt. Im Gegenzug werden Netzbetreiber\*innen stärker an den Kosten des Rollouts beteiligt, da sie künftig stärker von einem stabilen Netzbetrieb und einer besseren Datengrundlage profitieren.





Entwurf der Bundesregierung

## Neues Gebäudeenergiegesetz

2045 wollen wir klimaneutral sein. Also müssen wir auch im Gebäudebereich vorankommen und auf klimaneutrale Heizungen umsteigen. Dafür hat die Bundesregierung heute den Entwurf für ein neues Gebäudeenergiegesetz beschlossen, das den Umstieg organisieren soll.

**Müsst Ihr deshalb jetzt Eure funktionierende Gas- und Ölheizung zum 1. Januar 2024 austauschen? Nein! Es gibt keine neuen Austauschpflichten! Der Gesetzentwurf verpflichtet niemanden dazu, eine funktionierende Heizung ab dem 1. Januar 2024 herauszureißen und zu ersetzen.**

Was grundsätzlich gelten soll: Ab 2024 soll möglichst jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit Erneuerbaren Energien betrieben werden. Kaputte Heizungen können repariert werden. Wenn eine bestehende Heizung nicht mehr zu reparieren ist und ausgetauscht werden muss, gelten Übergangsfristen.

Was uns besonders wichtig ist: Wir machen uns jetzt auf den so wichtigen Weg hin zum klimaneutralen Heizen. **Aber wir machen es so, dass alle diesen Weg mitgehen können.**

Deshalb werden wir im parlamentarischen Verfahren ganz genau darauf achten, dass es am Ende für alle, die sich die Umstellung nicht einfach so leisten können, eine ausreichende finanzielle Unterstützung gibt. Das gilt dann übrigens auch für alle, die ihre Heizungen freiwillig austauschen wollen.

*Hier geht es zu meiner Rede im Bundestag  
vom Donnerstag, 20. April 2023*

*... zum Thema Öl- und Gasheizungen sowie Wärmepumpen.*





Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion – Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz

## Wir stärken den Schutz vor Diskriminierung

Wir wollen, dass alle Menschen wirkungsvoller vor Diskriminierung geschützt werden. Das setzt voraus, dass die im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz verankerten Benachteiligungsverbote einfacher durchgesetzt werden können, damit die Betroffenen auch tatsächlich zu ihrem Recht kommen. Im Koalitionsvertrag haben wir deshalb vereinbart, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz zu reformieren. Welche Aspekte dabei berücksichtigt werden müssen, haben wir in einem Positionspapier zusammengefasst, das wir diese Woche in der Fraktion beschlossen haben.

Jede dritte Person in Deutschland ist schon einmal diskriminiert worden – aufgrund des Alters, einer Behinderung, der ethnischen Herkunft oder aus rassistischen Gründen, wegen des Geschlechts, der sexuellen Identität, der Religion oder der Weltanschauung. Aber nur sechs Prozent der Betroffenen klagen dagegen. Das wollen wir ändern.

So haben Betroffene bisher nur zwei Monate Zeit, um ihre Ansprüche geltend zu machen. Das ist viel zu kurz. Deshalb fordern wir, diese Frist auf ein Jahr zu verlängern. Da viele Betroffene die zeitliche, emotionale und finanzielle Belastung eines langwierigen Gerichtsverfahrens nicht tragen können oder wollen, setzen wir uns außerdem dafür ein, dass Antidiskriminierungsverbände für betroffene Personen klagen können (sog. kollektiver Rechtsschutz).

Zudem sollte ein Verbandsklagerecht eingeführt werden, damit qualifizierte Verbände auch unabhängig von der individuellen Betroffenheit Einzelner einen Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot gerichtlich feststellen lassen können. Darüber hinaus wollen wir die Sanktionierung von Verstößen verbessern, Schutzlücken schließen und den Anwendungsbereich auf staatliches Handeln erweitern. Es ist niemandem zu vermitteln, dass private Unternehmen an das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz in Deutschland gebunden sind, öffentliche Stellen aber nicht.

**Wir sagen  
Diskriminierung  
den Kampf an!**

Dafür reformieren wir das  
**Allgemeine  
Gleichbehandlungsgesetz.**

Wir fordern:

- ✓ **bessere Klagemöglichkeiten für Betroffene**
- ✓ **härtere Sanktionen bei Diskriminierung**
- ✓ **Diskriminierungsschutz auch gegenüber Behörden**

Wir Sozialdemokrat\*innen stellen uns seit jeher mit aller Entschiedenheit jeder Art von Diskriminierung entgegen. Unser Ziel ist es, allen Bürger\*innen dieselben Chancen und die gleiche Teilhabe zu garantieren. Daher freuen wir uns auch darüber, dass wir im Deutschen Bundestag in dieser Woche das Übereinkommen Nr. 190 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt ratifiziert haben.



[Hier geht es zu  
unserem Fraktions-  
Positionspapier zur Reform des  
Allgemeinen Gleichbehand-  
lungsgesetzes](#)



## Arbeitsmarktpolitik

# Für mehr Inklusion im Arbeitsleben

Wir treten für eine inklusive Gesellschaft ein, in der Menschen mit Behinderung selbstbestimmt und gleichberechtigt am Arbeitsleben teilnehmen können. Mehr Menschen mit Behinderung sollen eine reguläre Beschäftigung aufnehmen können. In dieser Woche berieten wir dazu den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarkts in 2./3. Lesung.

Konkret führen wir mit dem Gesetz eine vierte Staffel der Ausgleichsabgabe für Arbeitgebende ein. Das heißt: Private und öffentliche Arbeitgebende, die mindestens zwanzig Arbeitsplätze haben und keinen schwerbehinderten Menschen beschäftigen – sogenannte „Null-Beschäftiger“ – müssen dann 720 Euro monatlich zahlen, doppelt so viel wie bisher. Wir ermöglichen damit mehr Menschen mit Behinderung eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt und sorgen für mehr Gerechtigkeit.

Künftig investieren wir die Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe vollständig in die Beschäftigungsförderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Außerdem werden Leistungen des Integrationsamtes schneller genehmigt, etwa für eine Arbeitsassistentin oder eine Berufsbegleitung. Entsprechende Anträge gelten künftig nach sechs Wochen als genehmigt. Zudem heben wir die Deckelung des Lohnkostenzuschusses auf, den Unternehmen von der Agentur für Arbeit erhalten, wenn sie Menschen mit Behinderung beschäftigen („Budget für Arbeit“). So kann der maximale Lohnkostenzuschuss auch mit der Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro bundesweit gewährt werden.

### **Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz beseitigen**

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat im Jahr 2019 das Übereinkommen Nr. 190 über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt angenommen.

Ziel des Abkommens ist es, eine rechtliche Grundlage auf internationaler Ebene zu schaffen, um eine Arbeitswelt ohne Gewalt und Belästigung zu verwirklichen. Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung, den wir in dieser Woche abschließend berieten, haben wir das Übereinkommen ratifiziert.

Damit wollen wir Arbeitnehmer\*innen in der Arbeitswelt noch besser vor Gewalt und Belästigung schützen. Verantwortlich für diesen Schutz sind Staat und Arbeitgebende gleichermaßen.

**Nur ein**  
**INKLUSIVER**  
**ARBEITSMARKT**  
**ist ein**  
**STARKER**  
**ARBEITSMARKT**

Um die Perspektive Betroffener besser im Sachverständigenbeirat Versorgungsmedizin zu berücksichtigen, wird die Zusammensetzung des Beirates geändert und folgt künftig einem teilhabeorientierten und ganzheitlichen Ansatz.

Im parlamentarischen Verfahren haben wir eine weitere Verbesserung erreicht: Stellen Arbeitgebende einen schwerbehinderten Menschen ein, der unmittelbar vorher in einer Werkstatt für behinderte Menschen oder bei einem anderen Leistungsanbieter beschäftigt war (oder ein Budget für Arbeit erhält), dann zählt dessen Arbeitsplatz bei der Berechnung der Pflichtarbeitsplätze in den ersten beiden Jahren der Beschäftigung doppelt. Eine diesbezügliche Einzelfallprüfung entfällt in diesem Zeitraum. So bauen wir Bürokratie ab und erhöhen die Bereitschaft der Arbeitgebende, Arbeitsplätze auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt für Menschen mit Schwerbehinderung zur Verfügung zu stellen.





## Corona-Pandemie

# Corona-Folgen für Kinder und Jugendliche aufarbeiten

Schulschließungen, Distanz- und Wechselunterricht, kaum soziale Kontakte – die Corona-Pandemie hat für Kinder und Jugendliche weitreichende Einschränkungen mit sich gebracht, die bis heute nachwirken. Über die gesundheitlichen Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche sowie Maßnahmen und Empfehlungen zur deren Bewältigung hat eine von der Bundesregierung eingesetzte Interministerielle Arbeitsgruppe (IMA) im November 2022 mit Vertreter\*innen der Länder sowie mit Fachleuten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft beraten. Im Mittelpunkt standen die psychosozialen Pandemiefolgen mit Fokus auf sozial benachteiligte junge Menschen.

Im Februar 2023 hat die IMA ihren Abschlussbericht vorgelegt. Eine zentrale Erkenntnis: Während der Pandemie haben psychische Belastungen und Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen deutlich zugenommen, 73 Prozent von ihnen fühlen sich psychisch belastet.

Neben einer Bestandsaufnahme zeigt der Bericht fünf Handlungsfelder auf: Frühe Hilfen, Kindertagesbetreuung, Schule, Gesundheitswesen und Jugend- und Familienhilfe. Und er liefert eine Übersicht zu Maßnahmen des Bun-

des, die geplant sind oder bereits umgesetzt werden. So hat das Bundesfamilienministerium im Jahr 2023 ein Modellprogramm für sogenannte Mental Health Coaches gestartet. Sie sollen Schüler\*innen ab 2023/24 bei Fragen zur mentalen Gesundheit und bei akuten psychischen Krisen unterstützen. Die Coaches leisten „Erste Psychische Hilfe“ in akuten Krisen, vermitteln aber auch weiter zu anderen Unterstützungsangeboten. Zudem können Kinder beim Jugendamt psychosoziale Beratung in Anspruch nehmen, ohne dass ihre Eltern darüber informiert werden.

In dieser Woche berieten wir den Abschlussbericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe im Bundestag, der als Unterrichtung der Bundesregierung vorliegt.

Grafik © Rawpixel.com (via Freepik)



## Tweet der Woche

Regelmäßig kommentiere ich das politische Geschehen bei Twitter. Ab und an gibt es auch ein paar besonders interessante Tweets, die ich Euch an dieser Stelle nicht vorenthalten möchte.

Diesen und weitere Tweets findet Ihr unter:

[https://twitter.com/Timon\\_Gremmels](https://twitter.com/Timon_Gremmels)

[fb.com/TimonGremmels](https://fb.com/TimonGremmels)

[instagram.com/gremmels](https://instagram.com/gremmels)

[twitter.com/Timon\\_Gremmels](https://twitter.com/Timon_Gremmels)

[linkedin.com/in/timon-gremmels](https://linkedin.com/in/timon-gremmels)





Vorverkaufsstart des Deutschlandtickets

## Eine wichtige Entlastung für viele ÖPNV-Nutzende

Am 1. April startete der Vorverkauf für das Deutschlandticket – z.B. in der App NVV Mobil, dem Online-Abocenter des NVV und natürlich auch in den Kundenzentren vor Ort. Mit dem Ticket kann man ab dem 1. Mai für 49 Euro bundesweit rund um die Uhr den öffentlichen Nah- und Regionalverkehr nutzen – eine wichtige Entlastung für viele Pendelnde und ein wegweisender Baustein für die Mobilitätswende.

Als Jobticket ist das Deutschlandticket sogar günstiger: Beteiligen sich die Unternehmen am Deutschlandticket, kostet es für Arbeitnehmende höchstens 34,30 Euro. Deswegen freue ich mich, dass bundesweit schon so viele Unternehmen klimafreundliche Mobilität für ihre Fachkräfte finanziell unterstützen.

Nach einer Initiative der Ampel-Koalition hatte sich Bundeskanzler Olaf Scholz mit den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten im vergangenen Dezember auf eine Finanzierung des Deutschlandtickets geeinigt. Insgesamt planen Bund und Länder dafür 3 Milliarden Euro jährlich ein. Das Ticket wird vorrangig digital, gleichzeitig aber auch barrierefrei zu erhalten sein. Bundestag und Bundesrat hatten letzte Details in den vergangenen Wochen geklärt.

🔗 **Zur NVV-Deutschlandticket-Website geht es » [hier](#).**

🍏 **„NVV.Deutschland“-App (Apple) downloaden » [hier](#).**

📱 **„NVV.Deutschland“-App (Android) downloaden » [hier](#).**



# KURZ NOTIERT

## 1 Für sauberes Wasser in Deutschland

In Deutschland gibt es bislang keinen flächendeckenden Wassermangel. Dennoch treten auch hierzulande Dürren auf. Das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung lokalisiert diese vor allem im Nordosten und Osten, wo vergleichsweise geringe Niederschläge zu verzeichnen sind. Damit auch künftig ausreichend und dauerhaft sauberes Wasser in Deutschland zur Verfügung steht, hat die Bundesregierung erstmals eine Nationale Wasserstrategie auf den Weg gebracht, die wir in dieser Woche im Bundestag beraten haben.

Angelegt auf den Zeithorizont bis 2050 identifiziert die Strategie Handlungsbedarfe in zehn Themenfeldern – darunter der Schutz und die Wiederherstellung des naturnahen Wasserhaushalts, die Weiterentwicklung und Sanierung der Wasserinfrastruktur und die Begrenzung von Gewässerverschmutzung. Teil der Strategie ist ein Aktionsplan mit rund 80 Maßnahmen, die sektorenübergreifend und unter Einbeziehung staatlicher Akteur\*innen, der Wasserwirtschaft und aller Wassernutzenden Bereiche bereits bis 2030 umgesetzt werden sollen. Darunter fallen der Bau von „Fernwasserleitungskorridoren“, um Wasser aus feuchten Regionen in trockene Gegenden zu bringen, sowie die Verpflichtung von Kommunen und Ländern, Gefahren- und Risikokarten für Starkregen zu erstellen und bei der Bebauungsplanung zu berücksichtigen.

## 2 Hoher Reformbedarf bei der Bundeswehr

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert eine Zeitenwende. Um die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr künftig gewährleisten zu können, muss mehr Geld in Materialbeschaffung, Infrastruktur und Personal investiert werden. Das ist das Ergebnis des Jahresberichts 2022 der Bundeswehrbeauftragten, den wir in dieser Woche im Plenum des Bundestages beraten haben.

Der Bericht hebt positiv hervor, dass bei der Materialbeschaffung mittlerweile stärker auf marktverfügbares Gerät gesetzt wird. Des Weiteren wird der Beschluss zur Beschaffung von F-35-Kampfflugzeugen, neuer schwerer Transporthubschrauber, neuer Sturmgewehre und neuer digitaler Funkgeräte gelobt. Positiv bewertet der Bericht auch, dass mehr Geld zur Verfügung steht, um die Vollausrüstung der Soldat\*innen mit persönlicher Einsatzbekleidung und persönlicher Ausrüstung von 2031 auf 2025 vorzuziehen.

Reformbedarf wird noch bei der Ersatz- und Wiederbeschaffung konstatiert. So kann das an die Ukraine abgegebene militärische Gerät derzeit nicht sofort ersetzt werden, wodurch materielle Lücken bei der Bundeswehr bestehen. Umso mehr gilt daher, die bereits eingeleitete Reform des Beschaffungswesens weiter voranzutreiben. Auch gibt es noch Handlungsbedarf bei Bau- und Infrastrukturmaßnahmen, da sich zu viele Kasernen in einem schlechten Zustand befinden. Die Bundeswehr muss auch als Arbeitgeberin attraktiver werden, um das Ziel einer Personalstärke von 203.000 Soldat\*innen bis 2031 zu erreichen. Dazu muss auch der Anteil von Frauen weiter erhöht werden, so der Bericht.

Fortsetzung auf der nächsten Seite >>>



# KURZ NOTIERT

## 3 Änderung BauGB für mehr Tierwohl in Ställen

Mit dem von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Tierhaltungskennzeichnungsgesetz (THKG) wird die gesetzliche Verpflichtung geschaffen, Lebensmittel tierischer Herkunft mit der Haltungsform der Tiere zu kennzeichnen, von denen das Lebensmittel gewonnen wurde. Die Umstellung auf die nach dem THKG vorgesehenen Haltungsformen kann einen Umbau der Ställe erfordern.

Die bislang geltende Regelung reicht jedoch für den Umbau der Anlagen auf die nach dem THKG vorgesehenen Haltungsformen nicht aus. Um tierhaltende Betriebe bei einer artgerechten Tierhaltung zu unterstützen, brachten wir Koalitionsfraktionen in dieser Woche einen Gesetzentwurf zur Änderung des Baugesetzbuches (BauGB) in den Bundestag ein. Ziel ist, den Umbau von Ställen bauplanungsrechtlich zu erleichtern, so dass Ställe künftig den Anforderungen an die im THKG genannten Haltungsformen Frischluftstall, Auslauf/Weide oder Bio genügen können. Diese Erleichterung soll auch für die Errichtung von Ersatzbauten gelten.

## 4 Deutschland bleibt präsent in der Sahelzone

Terroristische Gruppen stellen eine zunehmende Bedrohung für die Bevölkerung in der Sahelzone dar. Überdies verschärfen schwache staatliche Strukturen, Dürren und Überschwemmungen bestehende Konflikte um Wasser, Land und Nahrung. Auf Bitten der Regierung von Niger hat die Europäische Union (EU) deshalb die so genannte militärische Partnerschaftsmission „EU Military Partnership Mission in Niger“ – kurz: EUMPM Niger – beschlossen.

Ziel von EUMPM Niger ist, die Fähigkeiten der nigrischen Streitkräfte zu verbessern, damit sie terroristische Bedrohungen eindämmen, die Bevölkerung schützen und für ein sicheres Umfeld sorgen können. Vorgesehen ist die Einrichtung eines Zentrums zur Ausbildung von Techniker\*innen in der Armee sowie der Aufbau eines neuen Führungsunterstützungsbataillons. Des Weiteren sollen mobile Trainingsteams Spezialist\*innen der nigrischen Streitkräfte beraten und ausbilden. Deutschland wird sich in enger Abstimmung mit der EU, den Vereinten Nationen und internationalen Partnern vor Ort an den Führungsstrukturen der Mission beteiligen und zeitlich befristet mobile Teams bereitstellen. Nach dem angekündigten Abzug aus Mali bleiben Deutschland und seine internationalen Partner weiterhin präsent im Sahel. Niger gilt dabei als relativ stabiles und verlässliches Land in der Region. Das Mandat, das in dieser Woche im Bundestag beraten wurde, umfasst eine Obergrenze von 60 Soldat\*innen, wird regelmäßig evaluiert und ist bis zum 31. Mai 2024 befristet.

Tag der Erde | 23. April – Kassel

### Besucht mich am Tag der Erde!

Diesen Sonntag feiert Kassel den Tag der Erde – in diesem Jahr auf dem Auedamm rund um die Hessenkampfbahn sowie vor der Orangerie und um die Karlswiese herum. Nach den langen Pandemie Jahren ist es endlich wieder ein Tag der Erde live, draußen und an einem einzigen Ort.

Von 14 bis 16 Uhr werde ich auch vor Ort am Stand der SPD Kassel-Stadt (Standnummer O12) sein – und freue mich auf Euren Besuch und den Austausch mit Euch!





Presse & Medien – Programmhinweise

## Tipps zum Reinschauen und -hören



Deutschlandfunk Kultur | Montag, 24. April – 19:30 Uhr

### „Bitte lächeln! Schoten, Scherze und Humor im Parlament“

Kommenden Montag geht es im Deutschlandfunk-Kultur-Feature „Bitte lächeln! Schoten, Scherze und Humor im Parlament“ um Lachen und Humor im Deutschen Bundestags. Die Sendung widmet sich der leichtlebigen, amüsanten Seite des Parlamentsalltags – und fragt: Welche Funktion hat Humor in der Politik?

Und da ich der „Lach-Spitzenreiter im Deutschen Bundestag“ bin – wie die ZEIT im vergangenen Oktober (Ausgabe 40|2022) feststellte, komme auch ich im Feature kurz vor. Also Reinhören!

Ab Montagabend könnt ihr das Feature auch online in der Mediathek von Deutschlandfunk Kultur anhören » [www.deutschlandfunkkultur.de/zeitfragen](http://www.deutschlandfunkkultur.de/zeitfragen)

berliner Wirtschaftsgespräche e.V. | online

### Interview mit bwg Sitzungswoche Sprechstunde

Die ‚bwg Sitzungswoche Sprechstunde‘ betrachtet ein\*e Politiker\*in in Nahperspektive. Im Gespräch geht es dabei um den persönlichen Werdegang, die Verankerung im Wahlkreis und die fachpolitische Agenda. Kurz: die Vielfalt des politischen Alltags.

Am 30. März 2023 war ich zu Gast bei bwg Sitzungswoche Sprechstunde in der Ständigen Vertretung in Berlin. In dem Gespräch ging es u.a. um die Energiewende und die Verbindung zwischen Wirtschaft und Klimaschutz.

Zur Sendung geht es » [hier](#).

RTL Hessen – Aktuelle Nachrichten und Informationen aus Hessen | Folge 75 – online

### Statement zum Baubeginn der neuen Gigawatt-Factory von SMA



Am vergangenen Dienstag war ich beim Spatenstich zum Baubeginn der GIGAWATT-FACTORY von SMA am Sanderhäuserberg in Niestetal. Dabei habe ich RTL Hessen ein kurzes Statement gegeben.

Zur Sendung geht es » [hier](#) – um ca. Minute 3:30 beginnt der Beitrag zur SMA-Gigawatt-Factory.



Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

## Bildergalerie

### Beim Spatenstich

Gemeinsam mit (v.l.n.r.) Andreas Siebert (Landrat des Landkreises Kassel), Barbara Gregor (SMA-Finanzvorständin) Mark Weinmeister (Regierungspräsident des Regierungsbezirks Kassel) und Marcel Brückmann (Bürgermeister Gemeinde Niestetal) war ich vor Ort (Foto rechts). Dabei hatte ich auch die Gelegenheit, mich mit Jürgen Reinert (SMA Vorstandssprecher) auszutauschen (Foto unten).



### Jobmotor Energiewende

Der Startschuss ist gefallen: Heute war ich beim Spatenstich zum Baubeginn der GIGAWATT-FACTORY von SMA am Sanderhäuserberg in Niestetal!

Mit dem Bau der neuen Fabrik schafft SMA rund 200 neue Jobs – ein klares Bekenntnis zu unserer Region, dem Standort Nordhessen, für die Erneuerbaren Energien und den Klimaschutz. Und ein Beleg dafür: Die Energiewende ist ein Jobmotor – sie schafft gute, zukunftsfähige Arbeitsplätze! Den Photovoltaikubau in Deutschland in den nächsten Jahren von derzeit 8 Gigawatt auf 22 Gigawatt nahezu zu verdreifachen – dieser klare Beschluss der Ampelregierung gibt der Solarwirtschaft die für solche Vorhaben (wie jene von SMA) notwendige Planungssicherheit.

Fotos © SMA (Fotograf: Heiko Meyer)



Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

## Bildergalerie



### Zu Gast bei Micromata

Anfang April war ich zu Besuch bei Micromata in Kassel. Dort habe ich mich über viele interessante Themen ausgetauscht – wie beispielsweise die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt, das Ergebnis Micromatas beim „Great Place to Work“-Wettbewerb und die Vorzüge der Stadt Kassel und der umliegenden Region. Vielen Dank für den Austausch!



### Die erste BPA-Besuchsgruppe 2023 aus dem Wahlkreis

Dem Parlament aufs Dach steigen: Das können interessierte Bürger\*innen hier im Bundestag nicht nur mit einem Besuch der Kuppel, sondern auch im Gespräch mit den Abgeordneten.

Gestern haben mir Genoss\*innen und Gäste aus meinem Wahlkreis viele Fragen zu vielen aktuellen Themen gestellt: Von der Umstellung des Heizens auf erneuerbare Energien, über die Problemen bei der Deutschen Bahn, bis zu der Frage, wer da in der Lobby des Bundestages eigentlich alles so empfangen wird?

Kritisch und konstruktiv - den Austausch und das Erklären miteinander halte ich für sehr wichtig und es hat mit Spaß gemacht. Vielen Dank an diese erste BPA-Besuchsgruppe aus meinem Wahlkreis in diesem Jahr!





Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

## Bildergalerie



### Parteitag des SPD-Unterbezirks Kassel-Land

Aus dem Plenum direkt ab nach Nordhessen: Am letzten Freitag im März ging es für mich gleich nach Ende der Sitzungswoche in den ICE nach Kassel und ab nach Ahnatal – zum Parteitag des SPD-Unterbezirks Kassel-Land.



### Vernetzter Austausch

Beim Austausch mit EAM traf ich mich mit Wissenschaft und Gasnetzbetreibenden, um über die Zukunft effizienter Netze zu sprechen.



### Besuch aus dem Hessischen Landtag in Berlin

Diesen Montag besuchte Christoph Degen – Generalsekretär der hessischen SPD sowie Landtagsabgeordneter – unsere Sitzung der SPD-Landesgruppe Hessen im Bundestag.

### Timon Gremmels

■ Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel ☎ 0561 – 700 10 52  
✉ buero@timon-gremmels.de 📺 TimonGremmels  
🏠 www.timon-gremmels.de 📷 @gremmels